

BAUERN UND ARBEITER IN JUGOSLAWIEN

Vorbemerkung

In dieser Darstellung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse Jugoslawiens werden die Maßnahmen, die die jugoslawische Regierung zur Demokratisierung der Wirtschaft eingeleitet hat, nur am Rande behandelt. Wir hoffen, in absehbarer Zeit über diese Fragen einen ergänzenden Aufsatz veröffentlichen zu können.
Die Redaktion

Das in Jugoslawien herrschende System hat einen offenen Feind, die katholische Kirche mit ihren Hochburgen Slowenien, Kroatien und Wojewodina, und einen heimlicheren, die Bauernschaft. Vielerorts überschneiden sich beide. So ist die Bauernschaft der katholischen Gebiete gleichzeitig streng religiös und findet im Klerus ein leidenschaftliches antikollektivistisches Element.

Obleich die rein materielle Situation eines großen Teils der *Bauern* (trotz Industrialisierung immer noch 67 vH. der Gesamtbevölkerung) günstiger geworden ist, steht sie dem Staat negativ gegenüber. Selbst noch so hohe Preise — es kam zur Milderung des Ablieferungszwanges — werden als nutzlos betrachtet, solange der höchste traditionelle Anreiz fortfällt; Neuerwerb von Boden. Vor allem aber schreckt das Gespenst der *Kollektivisierung*. Mögen bisher einschließlich der Staatsgüter auch nur 25 vH. des kultivierbaren Landes kollektivisiert worden sein, so hat sich doch an den Kolchostendenzen nichts verändert.¹⁾

Nun kann Kollektivisierung in rückschrittlichen Gebieten einen gewissen Anreiz bieten, wenn sie mit einem technischen Aufschwung verbunden ist, d. h. bisher fehlende Maschinen bringt. Ist das aber nicht der Fall, ja steht sich, von einigen Musterkollektiven abgesehen, der Kolchosenbauer weit schlechter als sein unabhängig gebliebener Kollege, dann unterbleiben freiwillige Beitritte zu den sogenannten Genossenschaften.

Zu den Kardinalfehlern der jugoslawischen Regierung gehört es, daß sie dieses ganze Projekt nicht zurückstellt und sich so lange rein auf die Konsolidierung bestehender Kollektive beschränkt, bis die technische Morgenröte aufgeht. Während gegenwärtig mehr und mehr Bauern aus den Kollektiven auszutreten versuchen — die sie vertretenden Anwälte haben durch öffentliche Angriffe einen schweren Stand —, erzwingt man nach einjähriger Pause schon wieder neue, darunter in den landwirtschaftlich fruchtbaren Gebieten Nordkroatiens.

Schlug also die Regierung Tito keine Verständigungsbrücken zur Bauernschaft, so verstand sie es weit besser, die *Landarbeiter* für sich zu gewinnen. In Jugoslawien war Geld bisher ziemlich wertlos, weil man nur wenig dafür kaufen konnte. So sah die städtische Arbeiterschaft nicht ohne Neid auf ihre Kollegen in den Dörfern, deren Einkommen teilweise aus fast unerschwinglichen Naturalien bestand. Jedenfalls konnten sich der Landarbeiter und seine Familie satt essen.

Industrialisierung durch Staatsinitiative

Jede sozialistische Regierung, die sich ohne Bajonette halten will, ist auf die Sympathien des *Industriearbeiters* angewiesen. Im Zuge der Nationalisierung wurde der Staat (bzw. Städte und Gemeinden) alleiniger Arbeitgeber. Diese Sozialisierung hat eigentlich erst eine jugoslawische Industrie ermöglicht. Bis zur Neuordnung wurde es von ausländischem Kapital beherrscht, d. h. ausgebeutet.

1) Die Kollektivisierung der Landwirtschaft ist für das jugoslawische Regime zur Prestigefrage geworden. Die Regierung will jetzt die Vorteile, die den Privatbauern aus dem Abbau des Ablieferungssystems erwachsen sind, durch erhöhte Besteuerung rückgängig machen. Eine neue Kollektivisierungskampagne ist angekündigt worden (Die Red.)

(Blei, Bauxit, Kupfer und Streichhölzer 100 vH., Baumwollgarn 92,8 vH., Zucker 76,1 vH., Handelsschiffahrt 70 vH. und Braunkohle 55,7 vH.) Es handelte sich hier um einen völlig *unsozialen Kapitalismus*, der Investitionen schnell wieder herausholen wollte, jugoslawische Arbeitskraft unterbezahlt und führende Positionen mit eigenen Leuten besetzte, ohne die Absicht, einheimische Kräfte fachlich zu schulen. Da es oft zur Überschneidung von Interessen kam, erwarb man sich zwar billige Konzessionen, nutzte sie aber ungenügend aus. Das gilt für fast alle jugoslawischen Bodenschätze. Bei Quecksilber, Kupfer und Zink steht Jugoslawien an zweiter Stelle, bei Bauxit, Blei und Antimon sogar an erster Stelle der europäischen Vorkommen.

Das 16-Millionen-Volk hat ausreichende Wasserkraftreserven für 168 Millionen. Eben diesen Reserven verdankt es eine überraschend schnelle Nachkriegs-Elektrifizierung, auch in den rückschrittlichen Republiken wie Bosnien-Herzegowina und Mazedonien. Während meiner Reisen stieß ich überall auf fertiggestellte oder im Bau befindliche Wasserkraftwerke. Ströme und Flüsse wurden umgelenkt und dem technischen Fortschritt nutzbar gemacht.

War also die Industrie während der dynastischen Ära unentwickelt, so ging sie durch Kriegsschäden fast vollkommen zugrunde. Die meisten Bergwerke, Fabriken und Elektrizitätsanlagen wurden dem Erdboden gleichgemacht, die Hälfte der Eisenbahnschienen war zerstört oder unbenutzbar.

Im Geschäftsleben erfaßte die Sozialisierung anfangs unter verschiedenen Vorwänden, seit 1948 auf gesetzlicher Grundlage, alles bis auf das Kleingewerbe oder Handwerk. Hier kam es zu schädlichen *Übertreibungen*, die Marschall Tito offenerherzig zugibt. Langsam werden solche Betriebe, deren administrative d. h. bürokratische Aufbauschung sie völlig unrentabel machte, wieder in Privathände zurückgegeben. Dazu gehören kleine Restaurants, Büfets und Ein-Mann-Läden, Hotels mit wenigen Zimmern usw. Der sozialistische Sektor des eigentlichen Geschäftslebens, der beherrschend bleiben wird, schuf kaum etwas Neues, sondern übernahm eben Bestehendes. Oft wurden übrigens bisherige Besitzer zu Geschäftsführern ernannt. Ihr Einkommen steht hinter dem freier Gewerbetreibender weit zurück. Ein kleiner Friseur kann sich trotz ungünstiger Vorkriegstarife viel mehr leisten als der Direktor eines großen nationalisierten Schuhgeschäfts, ganz zu schweigen von Schustern, Schneidern, Tischlern, Fotografen und den am stärksten gesuchten Schlossern und Installateuren. Neben Ärzten und Zahnärzten, deren Tätigkeit sich auf Hospital- und Privatpraxis verteilt, stehen sie verdienstmäßig an erster Stelle.

Ging also der Handel nur aus der Privatinitiative in die staatliche über, so war auf industriellem Gebiet ein vollkommener *Neubeginn* notwendig. Fast alle größeren Unternehmungen wurden erst nach dem Kriege erbaut und in Betrieb gesetzt. Parallel veränderte sich die soziale Struktur. Etwa 10 vH. der Landbevölkerung wanderte in die Städte, was das durch furchtbare Kriegsschäden an sich schwierige Wohnproblem noch weiter belastete. (Jugoslawien hat wohl die niedrigsten Mieten Europas.) Während des vergangenen Hungerwinters — die Ernte dieses Jahres war überdurchschnittlich gut — machte sich engster Familienkontakt mit dem Dorf wohlthuend bemerkbar. Durch Lebensmittelzuwendungen bäuerlicher Verwandter wurde die Not in den Städten gemildert. Weit schlechter hatten es von Natur aus karge landwirtschaftliche Gebiete wie Montenegro, Mazedonien und Teile Bosniens. Hier litten die Bauern unmittelbar unter der Dürre und brauchten Hilfe, statt sie anderen zu geben.

Weitgehende Industrialisierung eines traditionellen Agrarlandes bringt immer seine Licht- und Schattenseiten mit sich, wobei am Anfang dieser Ent-

wicklung zumeist der Schatten überwiegt. Wenn Jugoslawien, um seinen ehrgeizigen Fünfjahresplan zu erfüllen, Maschinen in großen Mengen einfuhrte, so konnte das nur *auf Kosten der Konsumenten* gehen. Der Import von Verbrauchsgütern wurde weitgehend gedrosselt. Ja, Warenverknappungen nahmen oft ein Ausmaß an, als befände sich das Land noch im Kriege. Es gab selbst Mangel an Seife, Nägeln, Knöpfen, Schnürsenkeln, Bleistiften, Tinte usw. Auch mußte zur Bezahlung der neuen Industrieanlagen vieles exportiert werden, was die Bevölkerung sicherlich lieber selbst verzehrt bzw. verbraucht hätte.

Die Fabriken selbst sind zumeist nach modernsten hygienischen Prinzipien angelegt worden: man arbeitet bei viel Luft und Licht. Jede Revolution braucht den Überschwang, der sich aber oft mit den Realitäten nicht verträgt. Diese Binsenweisheit gilt auch für Jugoslawiens Aufbaupläne. Teils waren sie zu ehrgeizig und teils hatte man auch mit den gleichen Schwierigkeiten zu kämpfen wie ein unversicherter Mann, dessen Haus abbrennt und dem es nun einfach an allem und jedem fehlt. Zu gleicher Zeit sollten ein neues Belgrad — übrigens auf ungeeignetem sumpfigem Gelände —, ein neues Zagreb, ein neues Sarajewo usw. aus dem Boden wachsen. Als dann durch die Kominformblockade, verringerte Ausfuhrmöglichkeiten nach der Mißernte und einen phantastisch erhöhten Verteidigungsetat finanzielle Schwierigkeiten überhandnahmen, blieben überall unfertige Gerüste stehen — zum Mißvergnügen jener weiten Volkskreise, die den Leibriemen enger schnüren mußten und nun vergeblich auf ein Resultat warten.

Bei der Industrialisierung hatte man zu wenig die eigenen reichen Hilfsquellen berücksichtigt und zu viele Fabriken geschaffen, die ohne ausländische Rohstoffe nicht produktionsfähig sind. Beispielsweise gab es bis vor kurzem noch kein Aluminiumwerk. Auch überstieg die Zahl der Neugründungen das Mindesttempo fachlicher Schulung bei weitem.

Schließlich wurde die persönliche Initiative dadurch abgetötet, daß jeder Arbeiter für sein Werkzeug verantwortlich war und Reparaturen aus eigener Tasche bezahlen mußte, überhaupt hatte das anfangs strikt nachgeahmte sowjetische Vorbild mit seinen Sabotagekomplexen die gesamte Sozialisierungsidee diskreditiert. Staatskapital mit der Begleiterscheinung einer diktatorischen Bürokratie ersetzte einfach das früher herrschende ausländische Privatkapital. Mitverantwortung des Arbeiters blieb weiterhin eine Utopie. Der Direktor hatte an Allmacht nichts eingebüßt. Legte aber das anonyme Aktienkapital mindestens auf Fachleute Wert, so gab der neue Staat lange Zeit zuverlässigen Kämpfern oder Partisanen den Vorrang.

Selbst in der Lohnfrage waren die Vorteile nicht generell. Ungelernte Arbeiter erhöhten ihren Lebensstandard, wirkliche Fachkräfte litten unter einer viel zu schematischen Nivellierung. Ein gewisser Ausgleich war nur durch Übernahme einer zweiten oder dritten Beschäftigung möglich. Geistesarbeiter mußten sich dieser Notwendigkeit gleichfalls fügen. Mir begegneten Tierärzte, die in einer Tanzkapelle tätig sind, Ingenieure, die ihre Nachmittage und Nächte privaten Aufträgen von sozialisierten Firmen opfern usw.

Wirtschaftlicher Sozialismus minus Stalinismus

Nach dem Bruch mit der Kominform mußte die Titoregierung an erster Stelle Wert darauf legen, die Industriearbeiterschaft bei der Stange zu halten, Allgemeine Sowjetfeindschaft war ihr natürlicher Verbündeter. Der Kommunismus stalinistischer Prägung hatte keine tiefen Wurzeln geschlagen. In ganz Jugoslawien gibt es ja nur 500 000 bis 600 000 Parteikommunisten unter einer 16-Millionen-Bevölkerung. Die orthodoxe pro-Stalin-Linie war mehr eine An-

gelegenheit des Führerkreises sowie des alten, zahlenmäßig nie bedeutenden und durch frühere Verfolgungen weitgehend dezimierten Kadern. Fühlung mit den Russen in einigen von ihnen „befreiten“ Gebieten hatte Illusionen geraubt. Auch erkannte die zum nicht unbeträchtlichen Teil sozialdemokratisch geschulte Arbeiterschaft weit eher als die sogenannte Intelligentsia, daß sich russische Wirtschaftsbevormundung von der früheren westlichen in ihren ausbeuterischen Absichten keineswegs unterschied, zusätzlich aber brutalere, Individualrechte völlig negierende Formen hatte.

Negativ, d. h. als anti-sowjetische Elemente, war die gewaltige Majorität der Arbeiter bereits gewonnen. Jetzt kam es nur noch darauf an, sie auch positiv zu interessieren. Anfangs faßte man das Problem von der rein ideologischen Seite an. *Milowan Djilas*, Mitglied des Politbüros und der maßgebende Propagandist, begann theoretisch auseinanderzusetzen, warum das heutige russische System mit echtem Marxismus nichts mehr gemein habe. Seine wesentlichen Argumente waren: Staatskapitalismus statt wirtschaftlicher Vergesellschaftung, die Diktatur der aufgebauchten Bürokratie und nicht des Proletariats sowie ein gänzlich unmarxistischer Nationalismus mit imperialistischem Hintergrund, also ohne Respekt für die Rechte kleinerer sozialistischer Länder. Hier begann er praktisch einzuhaken. Änderung in der Nationalitäten- und Minderheitenpolitik waren nicht so notwendig, da hier das Prinzip der vollkommenen Gleichberechtigung (Kultur, Schule, Sprache, proportionale Verteilung der Minister, Abgeordneten, Beamten usw.) immer aufrechterhalten worden war — ohne die Slawisierungstendenzen wie in der Sowjetunion. Der bürokratische Apparat wurde radikal verkleinert. So führte man schätzungsweise 120 000 Männer und Frauen in den produktiven Arbeitsprozeß zurück. Bei der endgültigen Auswahl trat endlich das *Leistungsprinzip* in den Vordergrund. Natürlich hatte diese Umschichtung auch soziale Begleiterscheinungen. So mancher unfähige Ex-Beamter gehört aus gekränkter Eitelkeit zu den wenigen heimlichen Kominformisten. Viele Ministerien sind aufgelöst worden. An ihre Stelle treten Komitees, deren Mitglieder größtenteils ehrenhalber arbeiten.

Vor allem aber richtete sich Djilas' ideologischer Kampf gegen die staatskapitalistischen Tendenzen. In seinen und in Titos Reden hört man neuerdings immer öfter die alte marxistische These vom „Absterben des Staates“. Damit ist neben einer Dezentralisierung des gesamten Staatsapparates, die Theorie bleibt, solange das straff zentralisierte Politbüro von Belgrad aus alle wesentlichen Richtlinien gibt, ein Verzicht auf bestimmte ökonomische Funktionen gemeint. *Aus Staatsbetrieben werden Volksbetriebe und aus Staatseigentum wird Volkseigentum*. In der Praxis haben die Arbeiter- und Angestelltenkollektive die einzelnen Betriebe bis zur Verantwortung für die Geschäftsgebarung übernommen.

Die Belegschaft großer Betriebe wählt *Arbeiterräte*, die dann wiederum den *Verwaltungsrat* wählen. Bei kleineren kommt es zur alleinigen und direkten Wahl des Verwaltungsrates. Er übernimmt die verantwortlichen Funktionen der Geschäftsführung. War bisher — wie wir feststellten — der Direktor allmächtig und ein nur von der Regierung absetzbarer Staatsbeamter, so muß auch er sich neuerdings wählen lassen und ist auf das Vertrauen der Räte angewiesen. Früher blieb es ihm anheimgestellt, die Arbeitervertretungen zu konsultieren. Jetzt ist er ihnen, die zum bestimmenden Organ werden, verantwortlich.

Um das Übergewicht der direkten Produzenten zu gewährleisten, müssen in einem Verwaltungsrat von beispielsweise fünf Mitgliedern vier Arbeiter sein, Der fünfte ist dann zumeist Ingenieur oder Techniker.

Bevor wir uns auch mit der materiellen Seite des neuen Systems befassen, sei festgestellt, daß es die Macht der *Gewerkschaften* beschnitt. Bisher war die — inzwischen gleichfalls dezentralisierte — Gewerkschaft für die Produktion einerseits und den Arbeiterschutz andererseits verantwortlich. Nunmehr sind sie Sache jeder individuellen Belegschaft.

In Jugoslawien gibt es heute praktisch *keinen* Arbeiter, Angestellten oder Intellektuellen (einschließlich der Ärzte), der nicht einer Gewerkschaft angehörte. Die Gewerkschaften sind ein Teil der alle Massenorganisationen umfassenden *Volksfront*. In ihren Reihen befinden sich Nichtkommunisten und Kommunisten. Als Körperschaft aber erkennen sie das Programm der Kommunistischen Partei Jugoslawiens an.

Selbstverständlich unterscheiden sich die jugoslawischen Gewerkschaften prinzipiell von den westlichen. Ohne daß die Verfassung Streiks verbietet, fallen Streikmöglichkeiten und damit auch ihre moralische und finanzielle Unterstützung fort. Trotz gewisser Liberalisierungen und positiver Erfolge auf vielen Gebieten ist die Gewerkschaft Jugoslawiens immer noch weit eher eine Organisation *für* die Arbeiter und nicht *der* Arbeiter. Sicherlich können auch Nichtkommunisten in die verschiedenen Exekutiven und Ausschüsse gewählt werden. Praktisch geschieht das jedoch meist nur dann, wenn die Partei aus fachlichen Gründen auf ihre aktive Mitarbeit Wert legt. Je mehr sich heute im Gegensatz zu den hier geschilderten früheren Verhältnissen das Leistungsprinzip durchsetzt, desto eher hat auch ein Nichtkommunist die Chancen einer gewerkschaftlichen Karriere — wirkliche Schlüsselstellungen blieben ihm aber bisher versagt.

Gewerkschaftsaufgaben sind die Propaganda für eine Mobilisierung von mehr Industriearbeitern, deren Zahl sich seit 1945 bereits verdoppelte, und die Organisation von Wettbewerben zwischen sozialisierten Betrieben, wie sie in allen Volksdemokratien üblich sind. Auch die *Arbeiterbildung* gehört zum gewerkschaftlichen Verantwortungsbereich. Hier unterscheiden wir zwei Stadien. In den rückschrittlichen Gebieten, wie Mazedonien, Montenegro und Bosnien-Herzegowina, gab es bis zu 80 vH. Analphabeten, unter den nationalen Minderheiten, die erst seit 1945 über eigene Schulen verfügen, bis zu 95 vH. und unter Frauen fast 100 vH. Das erste Stadium der gewerkschaftlichen Erwachsenenbildung umfaßte also nur die elementaren Kenntnisse Lesen, Schreiben und Rechnen. Heute ist man schon fast überall bei dem zweiten Stadium angelangt: Arithmetik, Geographie und nationale Geschichte. Ich wohnte solchen Kursen bei und hatte einen sehr guten Eindruck von der Wißbegierigkeit fast aller Teilnehmer. Für besonders Intelligente gibt es weitere Fortbildungsmöglichkeiten bis zum Universitätsstudium. Der Student wird dann bis zum Abschlußexamen von seinem Betrieb unterhalten.

Da auch im abgelegensten Dorf ausreichende Schulen vorhanden sind — drei Gymnasialklassen sind Mindestpflicht —, wird die Gewerkschaftsarbeit auf erzieherischem Gebiet nach einigen Jahren nicht mehr notwendig sein. Auch dann geht aber natürlich die sehr ernstgenommene und bei wirklichen Spezialisten langwierige Fachbildung weiter. Daneben betreibt man ideologische Schulung, wie mir gesagt wurde, mit dem Ziel, kleinbürgerliches Denken in klassenbewußtes umzuwandeln.

Fortschrittliche Sozialgesetzgebung

Die Regierung legte einen großen Teil der *Sozialfürsorge* in gewerkschaftliche Hände. Dazu gehört eine umfassende Organisation bezahlter *Ferien*. Minstdauer ist 14 Tage, bei Schwerarbeitern, Intellektuellen usw. vier Wochen. Der

Staat gewährt so hohe Fahrpreisermäßigungen auf Eisenbahnen, Schiffen und Flugzeugen, daß eigentlich nur eine Anerkennungsgebühr übrigbleibt. Hotels, selbst solche erster Klasse, bieten einen Tagespreis, alle Mahlzeiten eingeschlossen, der etwa den Kosten eines Restaurantessens entspricht. Noch billiger lebt man in den eigentlichen *Gewerkschaftsheimen*. 1946 gab es 18 mit 2190 Gästen, 1950 48 mit 51 933. Nach Überwindung der Krise wird auch auf diesem Gebiet ein weiterer Ausbau erfolgen. Für mich war es ein Erlebnis, im rückschrittlichen Mazedonien ein solches Heim zu besuchen, das qualitativ einem erstklassigen Hotel entsprach.

All diese Einrichtungen wurden erst nach dem Kriege aufgebaut, da das alte Jugoslawien die Sozialfürsorge vollkommen vernachlässigte. Zu ihr gehört auch ein *modernes Gesundheitswesen*, das nur durch den Ärztemangel behindert wird. Junge Mütter haben neben einer Geldgratifikation ein Anrecht auf 90 bezahlte Extraferientage, 45 vor und 45 nach der Geburt.

Während der ersten sechs und oft acht Monate nach ihrer Entbindung erhalten sie für halbe Arbeit drei Viertel des Lohnes. Bis zu zwei Jahren können sie halbe Arbeit leisten, dann allerdings auch bei halbem Einkommen. Die Waisen der Kriegsoffer und der Märtyrer des Faschismus füllen nicht als Bettelkinder Jugoslawiens Straßen, sondern wurden in pädagogisch gut geleiteten Heimen untergebracht.

Die Altersgrenze bei Männern, die das 55., und bei Frauen, die das 50. Lebensjahr erreicht haben, entspricht nach mindestens 35jähriger bzw. 30jähriger Tätigkeit dem letzten vollen Einkommen. Wer seinen Beruf weiter ausübt, genießt die Pension neben dem Normallohn.

Solche Lockung ist heute um so wichtiger, als es keinen direkten Arbeitszwang mehr gibt. Das neue Lohn- und Preisgesetz will nunmehr auch *Leistungs-löhne* einführen, statt eines sehr komplizierten Systems von niedrigen Einkommen plus verbilligten rationierten Waren und Vorzugspunkten für den Einkauf nahezu aller Verbrauchsgüter. Ohne schematische Nivellierung werden sie nur so weit begrenzt sein, daß eine neue kapitalistische Entwicklung ausgeschlossen ist.

Hinzu kommen die besonderen Rechte der neugeschaffenen Arbeiter- und Verwaltungsräte, die heute über die Investitionen selbst bestimmen, daneben auch bei guten Profiten Gewinne ausschütten. Mindestlöhne sind gesetzlich garantiert.

Während bisher der Staat Monopolplaner war und buchstäblich alles bis zum letzten Bleistift und Tintenfaß festlegte, beschränkt er sich jetzt ausschließlich auf die *Rahmenplanung*, Betriebe können selbständig ein- und verkaufen, ja selbst ohne die früheren bürokratischen Fesseln Rohstoffe, Fachliteratur usw. aus dem Ausland beziehen. Unrentable Unternehmungen müssen genau wie in privatkapitalistischen Ländern den Konkurs anmelden. Vorzugsbehandlung bestimmter Firmen hört auf, weil neuerdings jedes Detailgeschäft das Recht hat, dort zu bestellen, wo es die billigste und beste Ware erhält, während es vorher auf oft unzweckmäßige und regional gebundene Zuteilungen von oben angewiesen war. Somit wird auch im staatlichen Produktionssektor ein gesunder Konkurrenzkampf ermutigt.

Man kann heute schwer voraussagen, ob das neue System, das unter der Ägide internationaler Hilfe beginnt, ein Erfolg wird oder nicht. Glückt es, eine neue Preisinflation zu vermeiden und die nun ungebundenen Bauern zu größeren Verkäufen anzureizen, dann erst könnte sich das unter viel zu hohen Preisen und viel zu niedrigen Einkommen krankende jugoslawische Wirtschaftsleben erholen und normalisieren.